

**Bernd Röttger**

---

## **EG-metropolitane Integration und die Krise linker Wirtschaftspolitik**

### **1. Krise der Linken oder Niedergang der Politik in Europa?**

Europa befindet sich in einem Entwicklungsdilemma. Entweder wird mit dem EG-Binnenmarkt, dem Europäischen Wirtschaftsraum, der Liberalisierung und Kapitalisierung Osteuropas und schließlich dem Maastrichter Konstrukt einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ein Politikmodell in Europa festgeschrieben, in dem die Wirtschaftspolitik zunehmend durch die Sachzwänge des frei zirkulierenden Kapitals vorgegeben wird, oder aber der Auftrieb von Re-Nationalisierungstendenzen droht die Integration Europas nach dem Ende des Kalten Krieges zu untergraben. Linke Wirtschaftspolitik steht vor der beschränkten Alternative »zwischen einer Zurückdrängung in den nationalen Rahmen oder der Zustimmung zu einer liberalistischen europäischen Demokratie« (Gauron 1991). Wie man es auch dreht und wendet: In beiden Fällen ist Chance, linke wirtschaftspolitische Inhalte durchzusetzen, denkbar ungünstig. Die Re-Nationalisierung führt dazu, daß die Fähigkeit, weitgehend transnational-ökonomische Prozesse und ihre gesellschaftlichen Konsequenzen zu regulieren, zerfällt und tendiert unter den Bedingungen der kapitalismus-immanenten Hierarchisierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen (Beaud 1987) dazu, chauvinistische Positionen und neue internationale Machtstrukturen auszubilden. Die Konstitution eines liberalistischen Europas bewirkt die Zurückdrängung einer politischen und gesellschaftlichen Regulation zugunsten der Eigendynamik des transnationalen Kapitalismus. Ein Ausweg aus der Malaise scheint nicht zu bestehen.

Aber die Dialektik kommt durch die Hintertür: die weitgehende Globalisierung der Märkte setzt nicht nur linken, auf soziale Umverteilung und gesellschaftlich-politische Steuerung des Akkumulationsprozesses zielenden Strategien enge Grenzen; auch das neoliberale Politikmodell driftet unabwendlich in die Bredouille, und dies in dem Maße, wie es in seiner Entfes-

selungswirkung der beschworenen Marktkräfte erfolgreich war. Der sukzessive in allen entwickelten kapitalistischen Gesellschaftsformationen durchgesetzte wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel infolge der Weltwirtschaftskrise 1974/75 (Altwater/Hübner/Stanger 1983) verlängert sich in eine generelle Krise der Handlungsfähigkeit des Staates (Scharpf 1992). Nachdem zunächst in der EG mit dem Europäischen Währungssystem (EWS) eine Quasi-Institutionalisierung des neoliberalen Politikmodells erfolgte, durch die mittels der festgeschriebenen wirtschaftspolitischen Anpassungszwänge eine Verallgemeinerung restriktiv-monetärer Politik erreicht wurde (und auch von diversen politischen Kräften zu diesem Zweck instrumentalisiert wurde), entfaltet die Durchsetzung des Liberalisierungsprinzips des EWS inzwischen eine eigentümliche Sprengkraft auf das Politikmodell selbst. Die monetaristische Wirtschaftsstrategie wird durch die liberalisierten und transnationalisierten Kapitalmärkte genauso ausgehebelt, wie das System fester Wechselkurse des EWS im Herbst 1992 mit dem Herauskatapultieren von Lira, Pfund und Peseta. Die klassischen Instrumente zur Steuerung der Geldmenge erweisen sich zunehmend als untauglich (Wachtel 1993). Restriktive Geldpolitik mittels Hochzinspolitik zur Inflationsbekämpfung wird vor allem dadurch konterkariert, daß eine internationale Bewegung von Spekulationskapital initiiert wird, die die nationale Geldmenge, im Gegensatz zum erklärten Politikziel, erhöht. Noch wird der drohende Kollaps des Monetarismus nirgendwo eingestanden - am wenigsten von den monetaristischen Akteuren der Geldpolitik. Doch die Europapolitik scheint schon vor der strukturalen Macht des globalen (Finanz)-Marktes kapituliert zu haben. Die Brüsseler Entscheidung vom 2. August 1993, die Schwankungsbreiten im EWS auf plus/minus 15% zu erweitern, ist ein (wiederholter) Triumph der Kapitalmärkte über die Politik. Die Funktionskrise von Neoliberalismus und Monetarismus und die Wiederbelebung der politischen Integration in der EG (Einheitliche Europäische Akte, Maastricht) boten aber auch Anlaß zu Hoffnungsbekundungen, daß auf dem Weg der EG-europäischen Integration ein »strukturpolitisch aufgeladener Euro-Keynesianismus« revitalisiert und so ein neues linkes Projekt in Entstehung begriffen sein könne. Während aber die Hoffnungen bereits galoppieren, sind die Pferde nicht mal gesattelt. M.a.W.: die tatsächlichen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse befördern diese Option keineswegs. Es handelt sich allenfalls um konfuse Bündnisse, die sich in der »issue-area« der Europapolitik durchsetzen. Von einer einheitlichen Europastrategie der europäischen Linksparteien kann gar keine Rede sein. Die Konflikte zwischen Maastricht-Befürwortern und Gegnern entgrenzt vielmehr die (partei-)politischen Konturen. Hinter der Maastrichter EG bildet sich eine denkwürdige Allianz aus Euro-Keynesianern, Euro-Protektio-

nisten, Kräften aus unterentwickelten EG-Regionen und liberalistischen bzw. europäisch-machtpolitischen Weltmarktakteuren. In der herrschenden Kritik am Maastrichter Vertragswerk paaren sich um den Nationalstaat soziale Besitzstandskoalitionen und liberalistische Kräfte, die einer Konkurrenz der nationalen Gesellschafts- und Sozialsysteme in Europa das Wort reden. Aufgrund der diffusen Bündnisse und der konflikthafter Aufladung der EG-Integration mehren sich die Stimmen, die deren Blockierung prognostizieren und der EG Politikunfähigkeit attestieren.

Im Gegensatz zu solchen Vorstellungen einer Erosion der EG soll im folgenden die These begründet werden, daß trotz aller Konflikte und Inkohärenzen des EG-Integrationsprozesses und der zunehmenden Re-Nationalisierungstendenzen in der Rezession, die EG-Integration dabei ist, ein durchaus tragfähiges Herrschaftsprojekt und einen relativ stabilen Vergesellschaftungszusammenhang auszubilden. Die sich hierbei herauskristallisierende hegemoniale politische Regulationsweise zielt auf die Reproduktion und Optimierung eines transnational-metropolitanen Akkumulationsprozesses in Europa, der sich infolge der Binnenmarktdynamik zur dominierenden Verwertungsstrategie entwickelte. Ihre soziale Basis kann die neue Regulation vor allem deshalb stabilisieren, da sie in der Lage ist, die (scheinbaren) Widersprüche von Liberalisierung und Re-Politisierung sowie Triadisierung und europäischer Regionalisierung aufzuheben und so dazu taugt, einen neuen Gesellschaftskompromiß zu initiieren. Integraler Bestandteil des Herrschaftsprojekts ist die Herausbildung neuer Staatsformen und -funktionen, insbesondere der Politikverflechtung supranationaler, nationalstaatlicher und regionaler Regulationsweisen. Durch dieses Politikmodell können inter-gouvernementale und gesellschaftlich-transnationale, föderale und konföderale Prinzipien bisheriger Integrationspolitik in das neue Integrationsprojekt überführt und in ein neues »Gleichgewicht« gebracht werden.

Voraussetzung für die Implementation des neuen Politikmodells war ein Mindestmaß an Vereinheitlichung der Gesellschaftsformationen in Europa. Nur so konnte die soziale Basis der sich bildenden europäisch-transnationalen Allianzen entstehen, die nun die Politikformulierung in der EG als Verdichtung eines momentanen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses (Poulantzas 1978) bestimmen. Diese politische Regulationsweise läßt sich dabei immer weniger als Produkt eines singulären staatlichen Akteurs begreifen, sondern muß als »Konstellationen von kollektiven oder korporativen Akteuren, die jeweils über bestimmte Anteile an den Steuerungsressourcen verfügen oder mitverfügen« (Scharpf 1989, 14) aufgefaßt werden. Ausgehend von einigen theoretischen Überlegungen im Anschluß an die Diskussionen des französischen Regulationsansatzes werden im folgenden

die Vereinheitlichungstendenzen des Akkumulationsprozesses in Europa analysiert, deren dominierenden gesellschaftlichen Allianzen ausgelotet und schließlich die Politikverflechtung im sich bildenden EG-metropolitane Integrationsprozeß aus Ausdruck der neuen Gesellschaftskompromisse und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse analysiert und als Übergang zu einem neuen Politik- und Wachstumsmodell in Europa gedeutet. Gerade über die Mehrebenenpolitik wird, so die zentrale These, ein Herrschaftsprojekt in Europa gezimmert, daß die Option auf eine funktionale Re-Politisierung der Ökonomie einschließt, nicht aber in der Lage ist, die Dialektik von ökonomisch bedingter Vereinheitlichung und sich zuspitzender sozialer und regionaler Fraktionierung infolge des dominierenden Akkumulationsprozesses in Europa zu überwinden<sup>1</sup>. Linke wirtschaftspolitische Optionen können aber über die Re-Politisierungsoption funktional in das neue Herrschaftsprojekt eingebunden und eigenständiger Entwürfe beraubt werden.

## 2. Neue Akkumulationsdynamik im transnationalen Kapitalismus

Der Übergang zu einer neuen politischen Regulationsweise in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaftsformationen ist vielfach im Zusammenhang mit der Krise des fordistischen Wachstumsmodells analysiert worden. Die Hegemonie neoliberaler und neokonservativer Parteiformationen infolge der Weltwirtschaftskrise 1974/75 konnte jedoch nicht schon als »Lösung« der Probleme bei der Konstitution nach-fordistischer Akkumulation und Regulation begriffen werden, sondern nur als Bestandteil der Transformation des kapitalistischen Entwicklungsmodells und mithin als Terrain des gesellschaftlichen Konflikts (Esser/Hirsch 1984). Der Übergang zu neuen Formen der Regulation muß also in eine gesamtgesellschaftliche Krisen- und Umbruchsanalyse, d.h. einen unfassenderen politischen Regulierungszusammenhang eingebunden werden (Alt Vater 1983).

In den verschiedenen Ansätzen des französischen Regulationsansatzes erscheint die Krise des Fordismus als Doppelkrise: als allgemeine Erschöpfung der fordistisch/tayloristischen Produktivitätsreserven und als Rentabilitätskrise, die aufgrund von Verschiebungen in den weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnissen und der Transnationalisierung der Wirtschaftskreisläufe eine Abstumpfung der Instrumente nationalstaatlicher keynesianischer

---

1 Vgl. zur Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung im globalen Kapitalismus: Bonder/Röttger/Zieburá 1993; Bonder/Röttger 1993. Zur Dynamik dieser Dialektik in Europa vgl. Röttger 1993. Hier finden sich auch weitergehende Überlegungen zu den folgenden Ausführungen, insbesondere zur Frage des Verhältnisses von Angleichung und Differenzierung in Europa.

Regulation bewirkte.<sup>2</sup> Die Durchsetzung angebotsorientierte Politiken und die Verschärfung der Konkurrenz der Nationalstaaten drohte die Krise nun als Überproduktionskrise zu perpetuieren, da keine adäquaten Formen internationaler Regulation entfaltet wurden. Das fordistische Wachstumsmodell der 50er und 60er Jahre dagegen konnte sich unter der US-Hegemonie auf eine funktionierende internationale Regulation stützen, die einen Garant für den Aufbau und die Entwicklung fordistischer Industrialisierungs- und Wachstumsprozesse abgab. Mit der forcierten Internationalisierung der produktiven Basis des US-amerikanischen Kapitalismus und der sukzessiven Angleichung der Produktivitätsniveaus zwischen den USA, Westeuropa und Japan mußten schließlich sowohl die Formen internationaler Regulation wie die Muster nationalstaatlicher Entwicklung in die Krise laufen (Aglietta 1979, Hirsch 1993).

Ein zentrales Problem des Übergangs besteht also darin, an die Stelle der krisenreproduzierenden nationalen Regulationsweisen eine neue kohärente internationale Regulation zu setzen - und dies in einer weltwirtschaftlichen Konstellation, die keinen neuen Weltmarkt hegemon hervorbringt. Der Niedergang der US-Hegemonie wurde sowohl durch den Aufstieg sog. internationaler Regime, die neue transnational-korporative Politikformen entwickelten und zu Orten neuer gesellschaftlicher Klassen(fraktions)bündnisse avancierten, als auch durch eine konflikthafte Verschärfung nationaler Konkurrenz begleitet. »In jedem Fall zerfällt ... das stabile Korrespondenzverhältnis zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise und öffnet damit den historischen Raum für relativ unregulierte heftige soziale Kämpfe zwischen alternativen Projekten und Krisenlösungen« (Hurttienne 1988, 190). Die Durchsetzung einer politischen Regulationsweise des transnationalisierten Akkumulationsprozesses ist zwangsläufig gekoppelt mit einer gesellschaftlichen Neustrukturierung, vor allem aber der Formierung neuer Klassen(fraktions)kompromisse und -bündnisse, die sich nicht nur über den Nationalstaat, sondern zunehmend transnational organisieren und hegemoniale Bündnisse herausbilden, ja zur Stabilisierung transnationalisierter Wirtschaftskreisläufe herausbilden müssen. Dabei konstituieren sich die politischen Herrschaftsverhältnisse aus der dominierenden Akkumulationsweise: »Hegemonie auf internationaler Ebene ist mehr als nur eine Ordnung zwischen den Staaten. Sie bezeichnet eine Ordnung *innerhalb* der Weltwirtschaft mit einer dominierenden Produktionsweise, die alle anderen penetriert und als subordinierte Produktionsweisen einbindet.

2 »Cette crise a deux composantes essentielles: une baisse d'efficacité des modes tayloriens d'organisation du travail et une inadéquation des modes de régulation existant au plan national face à une économie de plus en plus internationalisée«, Alain Lipietz, in: Gauron, Herzog, Lipietz, Mistral 1993, 87; Vgl. auch Lipietz 1985, 126f.

Es ist also eine Komplex internationaler sozialer Beziehungen, der die sozialen Klassen verschiedener Länder verknüpft. Welthegeemonie läßt sich so nur beschreiben als eine soziale, ökonomische und politische Struktur, niemals aber nur als eine davon« (Cox 1983, 171).

In der sog. post-hegemonialen Phase, in der kein Nationalstaat mehr in der Lage ist, Welthegeemonie zu erlangen, muß davon ausgegangen werden, daß sich hegemoniale Bündnisse auf der Ebene der *Weltgesellschaft* formieren (Junne 1990, 366f.). Das bedeutet, daß die Klassen(fraktions)verhältnisse, die die sich innerhalb und außerhalb der vorhandenen verschiedenen Regulationsinstanzen auf regionaler, nationalstaatlicher und supranationaler Ebene bilden, für den Aufbau einer internationalen Regulation entscheidend sind. Ein Forschungsprogramm der Globalen Politischen Ökonomie hat die Aufgabe, die sozialen Koalitionen und Regulationsweisen daraufhin zu analysieren, ob sie sich zu einer koordinierten, transnationalen Regulation verdichten.<sup>3</sup> Es ist zu fragen, ob sich über die Verflechtung, Koordination oder Subordination der verschiedenen Regulationsweisen und -ebenen eine transnationale Herrschaftssynthese herausgebildet hat und welche Interessen sich in ihr durchzusetzen vermögen. Unter dieser transnationalen Herrschaftssynthese ist eine relativ stabile soziale Formation zu verstehen, deren Gruppen sowohl über kompatible Interessenlagen verfügen wie sie in der Lage sind, ihre Interessen durchzusetzen um sich gleichsam über die Mechanismen der Weltökonomie als Hegemonialkoalition zu stabilisieren (Ziebur, Ansprenger, Kiersch 1974, 27).

Die Entwicklung in den 80er Jahren, insbesondere in Westeuropa, zeigt, daß sich hegemoniale Regulationsweisen bilden konnten, die sich über die weltwirtschaftlichen Hierarchisierungen verallgemeinern. Für viele Staaten, die eine neoliberal-metropolitane Regulation nicht originär über den Nationalstaat ausgebildet haben, entsteht das grundlegende und vielfach zu beobachtende Problem, diese Form der politischen Regulation »mit den überkommenden Institutionen des Staates und den bestehenden innergesellschaftlichen Kräfteverhältnissen (zu) vereinbaren« (Ziebur 1992, 484). Das bedeutet theoretisch gewendet, daß sich das Herrschaftsprojekt des »postfordistischen« (Weltmarkt-)Liberalismus »seine« transnationale politische Regulation dadurch verschaffen kann, daß die Regulation auf verschiedene Ebenen fraktioniert bleibt. Diese Fraktionierung der Weltgesellschaft in kleinere politische »Einheiten« ist die Voraussetzung dafür, daß über den Weltmarkt(macht)mechanismus und seiner »contraintes extérieures« (Grjebine 1991) die Regulationsinhalte und über die Einschränkung wirtschaftspolitischer Handlungsspielräume gleichgerichtet werden kön-

3 Vgl. zu einem Forschungsprogramm der post-hegemonialen Weltära auch Gill 1993.

nen. M.a.W.: Die strukturelle Macht der transnationalisierten Ökonomie kann sich gerade über die areale und ebenenmäßige Ausdifferenzierung und Hierarchisierung der Regulationsinstrumente entfalten. Der Nationalstaat bleibt unabdingbarer Bestandteil der neuen transnationalen Regulation, da er in der Lage ist, klassenübergreifende Bündnisse und so gesellschaftliche Akzeptanz für die metropolitane Regulation zu organisieren (Hirsch 1993).<sup>4</sup> Seine überkommene Funktion jedoch, eine Homogenisierung nationalstaatlich-verfaßter Gesellschaften zu bewirken, wird durch die soziale Differenzierungswirkung des transnationalen Akkumulationsprozesses unterminiert.

Seine Ursache findet das neue transnationale Herrschaftsprojekt in der Akkumulationsdynamik des globalen Kapitalismus selbst. Analysen des neuen Weltmarktmechanismus verweisen auf die neue Struktur, die spätestens seit Mitte der 80er Jahre in den weltwirtschaftlichen Beziehungen aufgebaut wurde. Nicht nur die Globalisierung und Integration der Finanzmärkte, sondern vor allem der produktiven Basis des globalen Kapitalismus zeichnen sich dafür verantwortlich. So stiegen im Zeitraum von 1983 bis 1989 die ausländischen Direktinvestitionen um durchschnittlich jährlich 29%, während der Weltexport »nur« um 9,4% expandierte (Lempérière 1991). Bei diesem Anstieg der Direktinvestitionen handelt es sich vor allem um Strategien gegenseitiger Durchdringung innerhalb der Triade USA-Westeuropa-Japan (»cross-border investments«), die eine transnationale Integration der industriellen Produktion hervorgebracht haben. Diese bewirkt, daß der Außenhandel der Staaten zu einem hohen Anteil zu einem ein Handel innerhalb der Produktionsverflechtungen der Transnationalen Konzerne geworden ist. Damit aber verlieren die alten Indikatoren über die Hierarchien internationaler Arbeitsteilung mehr und mehr an Gültigkeit. Die global-triadische Integration bewirkt eine Entkopplung der ökonomischen Stärke »nationaler« Kapitalfraktionen von der nationalstaatlichen Macht. Das Beispiel der USA zeigt dies eindringlich. Während auf der einen Seite eine Vielzahl von Studien den ökonomischen Niedergang der US-amerikanischen »Volkswirtschaft« belegt, stehen dem auf der anderen Seite Analysen gegenüber, die auf der Grundlage einer Weltproduktionsstruktur nachweisen können, daß auf der Ebene der Weltökonomie US-amerikanische Firmen nach wie vor eine dominierende Rolle spielen (Beaud 1989, Strange 1987, Strange 1988) - nur eben unabhängig vom nationalstaatlichen Territorium. Die strukturelle Macht innerhalb der Weltökonomie verselbständigt sich gegenüber der Staatlichkeit. Stellt man etwa

---

4 Picciotto 1993 macht zu Recht darauf aufmerksam, daß es die Transnationalen Konzerne sind, die zu den aufrechtsten Verteidigern des Nationalstaates gehören.

die US-amerikanische Handelsbilanz auf eine Eigentumsbasis, indem nicht der inter-nationale Handel, sondern die nationale Herkunft der handeltreibenden Konzerne berücksichtigt wird, so verwandelt sich das Handelsbilanzdefizit der USA 1986 von 144 Mrd. \$ in einen Überschuß von 57 Mrd. \$ (Beaud 1989, Julius 1990, Wachtel 1993).

Diese neue Qualität zumindest triadischer »vulnerability-Interdependenz« (Zürn 1992) kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich parallel hierzu die Konkurrenzsituation innerhalb der Triade verschärft hat. Sie nimmt vor allem die Form einer Rivalität von Regionen und Staaten um die territoriale »Monopolisierung« ökonomischer Wohlfandeffekte an. Infolge dieser Wettbewerbsintensität und sich verschärfender Ungleichgewichte sind regionale Integrationsprozesse um die jeweiligen Triadenmächte akzentuiert worden (NAFTA, EG bzw. EWR, AFTA bzw. ASEAN). Allesamt zielen sie auf die Stärkung der Position der jeweiligen regionalen Zentren innerhalb der Triade. Triadisierung und Regionalisierung der Weltwirtschaft bilden also eine dialektische Einheit und sollten nicht als geopolitische Machtkampf fehlinterpretiert werden.<sup>5</sup> Die regionale Integration ist vielmehr der Versuch der metropolitanen Regionen, die Konkurrenzfähigkeit regional ansässiger Konzerne (welcher Herkunft auch immer!) zu verbessern. Wie schon die Konkurrenz zwischen den Nationalstaaten, ist die Konkurrenz der drei dominierenden Weltregionen »kein Kampf zwischen nationalen Kapitalen, sondern ein Kampf zwischen Staaten um die Anziehung und/oder den Erhalt eines Teils des Weltkapitals (und daher eines Teils des globalen Mehrwerts)« (Holloway 1993, 22).

Im Rahmen der von den Metropolen getragenen regionalen Integration gewinnen auch die weltwirtschaftlichen Peripherien an neuer Bedeutung für den triadisierten Akkumulationsprozeß, der bislang auf Exklusion basierte (Elsenhans 1992). Neoliberale »Inwertsetzungsstrategien«<sup>6</sup> in den Peripherien versuchen mit teilweise verhehrenden sozialen Kosten den Sprung auf den fahrenden Weltmarktzug. Damit sind neue Voraussetzungen für die Entstehung transnational-regionaler Herrschaftssynthesen entstanden. In der Tat baut sich jedes Zentrum über Direktinvestitionen seinen eigenen »Hinterhof«,<sup>7</sup> was die Hoffnungen einiger »regionalisierter« Peripherien auf neuen Wohlstand begründet. In jedem Fall aber sind die verstärkt zu beobachtenden Tendenzen zur Regionalisierung der Weltwirtschaft sowie

5 So ein wichtiger Hinweis von Junne 1992 in der Auseinandersetzung um den »globalen Technologiewettlauf«.

6 Vgl. zur Theorie: Altvater 1987, Lipietz 1983.

7 Vgl. dazu die Zahlen über die regionale Aufteilung der Direktinvestitionen aus den USA, Japan und Westeuropa bei UN 1992, 33, wobei die US-Investitionen vor allem in Lateinamerika, die Japanischen im asiatischen Raum und die westeuropäischen im osteuropäischen und afrikanischen Wirtschaftsraum dominieren.



zur politischen Integration von Regionen unmittelbar mit der Triadisierung des globalen Kapitalismus verbunden. Die herrschenden Politikkoalitionen etablieren sich dabei, um in der regionalen Integration hegemoniefähig zu werden, über spezifische Kompromisse zwischen dem jeweiligen Norden und dem jeweiligen Süden. Zwar bilden sich über die nationalstaatlichen Strategien grundsätzlich unterschiedliche politische Koalitionen heraus, doch diese lassen sich zu einem gemeinsamen Herrschaftsprojekt hegemonial zusammenfügen, insofern sie sich funktional *einem* Akkumulationsprozeß subordinieren. So entstehen zwar immer wieder Konflikte zwischen Mexiko und den USA in der NAFTA oder Spanien und der Bundesrepublik in der EG, jedoch blieben die spezifisch nationalstaatlichen Interessen über den »gemeinsamen« Akkumulationsprozeß aneinander gekoppelt, sodaß eine grundsätzliche Kompromißfähigkeit besteht. In jeder regionalen Formation kommt es aber zu spezifischen Kompromissen zwischen den triadischen und den regionalen Strategien und Optionen.

### **3. EG-metropolitane Regulation: Politikverflechtung als Herrschaftssystem**

Die Intensivierung der EG-europäischen Integration ab Mitte der 80er Jahre läßt sich in der angeführten weltwirtschaftlichen Dialektik von Triadisierung und Regionalisierung verorten. Die ökonomische Dynamik des Binnenmarktprojektes seit 1985 und die ihm immanenten Vereinheitlichungs- und Modernisierungskräfte schufen die klassen- und interessenbedingte Grundlage für eine transnationale Herrschaftssynthese in der EG, die nicht nur die Struktur der europäischen Arbeitsteilung veränderte, sondern auch eine EG-Regulationsweise herausgebildet hat, um die Akkumulationsdynamik zu optimieren. Im folgenden soll dieser Prozeß EG-europäische Vergesellschaftung hinsichtlich der Transformation von Akkumulation und Regulation in Europa kurz skizziert werden.

Hintergrund und letztlich bestimmender Faktor des neuen Euro-Kompromisses war die Tatsache, daß die Modernisierung der ökonomischen Struktur Westeuropas in der zweiten Hälfte der 80er Jahre vor allem das Resultat einer Konzentrations- und Transnationalisierungsbewegung des Kapitals war. Infolge der verschärften Konkurrenzsituation in der Triade einerseits und der bevorstehenden Konkurrenzverschärfung im Gemeinsamen Markt andererseits bestand die Strategie der transnationalen Unternehmen darin, ihre zwischenbetriebliche Arbeitsteilung nun »euro-optimal« zu reorganisieren, indem die europäischen Standorte in eine neue Strategie vernetzt wurden. Dieser Prozeß vollzog sich u. a. über Unternehmensneugründungen im europäischen Ausland, über Direktinvestitionen und Kapitalbeteili-

gungen verschiedener europäischer Unternehmen. In der Folge der Binnenmarktdynamik setzte ein Schub in der europäischen Kapitalkonzentration ein (EG-Kommission 1990, 60ff.; Morin 1991). Während zunächst diese Konzentration des Kapitals vorwiegend im nationalen Rahmen (zwischen zwei Unternehmen eines Mitgliedstaates) verlief, hat sich seit 1987 eine Dominanz der Dynamik der transnational-europäischen Kapitalkonzentration durchgesetzt. 40% der erfaßten Konzentrationsbewegungen wurden zwischen zwei Unternehmen aus EG-Mitgliedstaaten abgewickelt. Daneben fungieren 15% der Übernahmen als »internationale« Transaktionen, in denen ein EG-Unternehmen und ein außereuropäisches Unternehmen beteiligt waren. In allen Kapitalexport-Ländern der EG hat sich der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen seit Anfang der 80er Jahre drastisch erhöht. Insbesondere die Internationalisierung des französischen und des bundesdeutschen Kapitals stieg überdurchschnittlich. Während die Steigerungsrate des Direktinvestitionsbestandes der fünf EG-Kapitalexportländer Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Niederlande und Großbritannien im Durchschnitt von 1982 bis Ende 1988 bei 106% liegt, erhöht sie sich in der Bundesrepublik um 128% und in Frankreich, das seine aktive Internationalisierung seit 1987 und Anfang der 90er Jahre noch intensiviert, um 175%. Nicht nur auf der gouvernementalen Ebene fungieren Frankreich und die Bundesrepublik als Motoren der EG-Integration.

Mit der zunehmenden transnationalen Verflechtung der Großunternehmen in Europa bildeten sich sukzessive Tendenzen zur Angleichung der wirtschaftlichen Strukturen und damit auch der Interessenlagen heraus, und dies trotz unterschiedlicher Unternehmensstrategien und differierender Einbindung in die (nationalstaatlichen) politischen Beziehungsmuster.<sup>8</sup> So wurden die Akkumulationsinteressen etwa in Frankreich und der Bundesrepublik dadurch gleichgerichtet, daß die französische Modernisierungspolitik spätestens seit 1985 den »Richtlinien« des »liberalen Produktivismus« (Lipietz 1991) folgte. Triadische Konkurrenzfähigkeit avancierte endgültig zum entscheidenden Parameter der Wirtschaftspolitik. Angebotspolitik koppelte sich mit einer fortschreitenden Deregulierung, Privatisierung und »Mondialisierung« der Ökonomie. Die Grahlshüter des »etatistischen Modells«, die Staatssektoren, wurden der Kapitallogik unterstellt; industriepolitische Konzepte, die dem staatlichen Sektor eine entscheidende modernisierungspolitische Aufgabe zuweisen (Pastré 1992) politisch marginalisiert. Differenzierungen in der »volkswirtschaftlichen« Struktur bestehen aber nach wie vor (Hatem/Stoffaes 1992; Schlupp 1992). Die *sektorale* Modernisierung und Globalisierung der französischen Ökonomie konnte die fran-

---

8 Vgl. etwa zur Angleichung in der chemischen Industrie: Grant/Paterson/Whitson 1988.

zöische »Volkswirtschaft« von den Strukturdefekten des industriellen Spezialisierungsprofils nicht befreien. Vor allem die Produktionslücken im Investitionsgüterbereich wurden reproduziert, womit die Stellung Frankreichs in der klassischen Hierarchie der *internationalen* Arbeitsteilung nicht qualitativ verbessert wurde; »la fragilité des échanges extérieurs« (Milewski 1991) blieb bestehen. Den Tendenzen zur westeuropäischen Angleichung steht also die Kontinuität der industriestrukturellen Divergenzen gegenüber. Das bedeutet aber, daß die Modernisierungspolitik Frankreichs ihre Grenzen vor allem an den territorial-währungsraumspezifischen Konstellationen findet. Moderne und weltmarktkonkurrenzfähige Sektoren stehen einer nach wie vor »intermediären Volkswirtschaft« gegenüber. Jede ökonomische Modernisierungs- und Konjunkturpolitik wird sehr schnell wieder an »contraintes extérieures« stoßen. Andererseits bedeutet dies aber auch, daß Frankreich in das herrschende Akkumulationsmodell der EG dergestalt integriert ist, daß sich in den modernen Sektoren hochgradig europäisierte Wirtschaftskreisläufe gebildet haben. Es kam wie es kommen mußte: der etatistische Konsens wurde aufgelöst, an seine Stelle trat zunehmend ein »européanisme libéral« (Ziebura 1992). Indem Frankreich nun eine Europäisierung der Industriepolitik anstrebt, verlagern sich die Problemdimensionen von den Modernisierungsdefekten Frankreichs zur Stellung der EG in der weltwirtschaftlichen Konkurrenz zu den USA und Japan. Diese Triaden-Konkurrenz eines zu etablierenden EG-metropolitanen Wirtschaftsraums eröffnet eine grundlegend andere Problemdimension, als sie noch die spezifisch französischen Spezialisierungsdefizite in der EG bewirkten. In neueren Veröffentlichungen des Ministère de l'Industrie (noch unter sozialistischer Ägide) verdichtet sich der Eindruck, daß die französische Strategie darauf bedacht ist, die modernen Sektoren in die Weltmarktkonkurrenz einzubinden und hierzu bereit ist, nationalstaatliche Präferenzen einer europäischen Industriepolitik zu unterstellen, die sich hinsichtlich ihrer Mittel, vor allem aber hinsichtlich des Verhältnisses von Ökonomie und Politik fundamental vom etatistischen französischen »Modell« unterscheidet (Taddei/Coriat 1992). Die Bedingungen für den neuen europäischen Kompromiß wurden geboren, da das »Gemeinschaftsinteresse der EG« nicht etwa das Interesse der Gemeinschaft ist, sondern vielmehr ein Interesse, das die herrschenden Kräfte aus den Mitgliedstaaten als solches definieren und was ihnen gemeinsam ist (Ziebura 1973). Hierbei handelt es sich um einen Kompromiß unterschiedlicher Triadenstrategien: In den bundesdeutschen Internationalisierungsstrategien »fungiert der EG-Binnenmarkt als 'Tor zum Weltmarkt', die EG als regionales Vehikel zur Weltmacht und die Integrationspolitik als Fortsetzung des Weltmarktexpansions- und Weltmachtspolitik mit 'europäischen' Mitteln« (Schlupp 1989,

128). Während die ökonomische Strategie der Bundesrepublik so eher auf eine liberalistisch-triadische Interdependenz und auf weltmachtpolitische Adaption eines »leaders in partnership« zielt, verweist die Europäisierungstrategie des französischen Kapitals auf eine Konzeption, die auf die Stärkung der europäischen Industrie- und Weltmacht *gegenüber* den anderen Triade-Mächten zielt. Die liberalistische Variante kann sich dabei einer weltgesellschaftlichen Koalition vergewissern, die auch von der »liberalen Kernkoalition« in den USA getragen wird. Endogene hegemoniale Bündnisse in Westeuropa werden so durch weltgesellschaftliche Allianzen gestärkt (Cox 1993, 283ff.).

Indem durch den Transnationalisierungsprozeß der europäischen Großunternehmen auch die EG-Peripherien involviert werden, entstand eine neue Struktur der EG-Arbeitsteilung. Es bildete sich statt der alten Hierarchie europäisch-*internationaler* Arbeitsteilung ein »Flickenteppich von global integrierten bzw. segregierten Teilsystemen« heraus (Leggewie 1979, 174), in dem sich die innereuropäischen Konkurrenzbeziehungen von den Nationalstaaten weg hin zu den Regionen verlagerten, die aufgrund identischer Spezialisierungsprofile und Akkumulationsstrukturen konkurrieren (Frankfurt, Paris, Luxemburg, London um den europäischen Finanzplatz etc.). Die Modernisierungsdynamik nimmt die Form eines *EG-metropolitanen Akkumulationsmodells* deshalb an, weil sich die Integrationsstrategien entweder auf die Metropolen (als »Modell«) beziehen oder von ihnen getragen werden. Bestandteil dieses Akkumulationsmodells ist sowohl die französische Strategie der Schaffung von »Euro-Champions« innerhalb der metropolitanen EG-Ökonomien, als auch die Weltmarktstrategie des bundesdeutschen Kapitals. In seiner Konsequenz kommt es zu einer *funktional-selektiven* Einbindung der EG-Peripherien in die zunächst europäisierten, dann aber triadisch funktionalisierten Wirtschaftskreisläufe. Die faktische sektorale Modernisierung und Integration der Peripherien bewirkt auch dort die Herausbildung dominierender Euro-Koalitionen: »Die Option der europäischen Integration, die sich durch die Verkettungen zwischen der spanischen Bourgeoisie und ihren europäischen Gegenparts materialisiert, hat die ökonomischen und politischen Ziele der dominierenden sozialen Gruppen vereint und damit ein Gerüst für die »Universalisierung« spanischer Politik hervorgebracht, das die bürgerliche Hegemonie bewahrt. In diesem Zusammenhang des »europäischen Bewußtseins« erfüllt die spanische Sozialdemokratie die politische Aufgabe, den transnationalen Kapitalismus für die subalternen Klassen akzeptabel zu gestalten. (Holman 1993, 235). Der Widerstand gegen marktkonforme Anpassungsstrategien in den Südländern konnte so gebrochen werden.

Indem aber die Verallgemeinerung metropolitaner Akkumulationsstrukturen und politischer Regulationsweisen letztlich eine Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung erzeugt (neue innergesellschaftliche Spaltungen, Reproduktion der internationalen Hierarchien), fallen die Einschätzungen der metropolitanen Wirtschaftspolitik, z.B. der WWU, unterschiedlich aus. Vom Standpunkt einer national-gesellschaftlichen Entwicklung erweist sich z.B. in Frankreich die durchgesetzte Politik einer »desinflation compétitive« als Hindernis für die Bekämpfung komparativ hoher Arbeitslosigkeit. Vom Standpunkt der transnationalen Akkumulation aber kann sie als erfolgreiche Politik jener Klassen und Klassenfraktionen begriffen werden, die die neue Akkumulationsdynamik in Frankreich dominieren und über die Erlangung internationaler Wettbewerbsfähigkeit zur Stabilisierung des französischen Beschäftigungsniveaus beitragen.<sup>9</sup> Die Vereinheitlichung in der EG-metropolitanen Akkumulation ist somit keine harmonische Gleichentwicklung und verläuft umso gewaltiger und konflikthafter, je weniger sie im nationalen Produktionsapparat verankert ist und je weniger sie mit den geronnenen nationalstaatlichen Institutionen von Gesellschaft und Politik vermittelt ist. Der Nationalstaat als primärer Ort von klassenübergreifenden Bündnissen bleibt für die Durchsetzung einer europäischen Regulationsweise unabdingbar. Gleichwohl gelingt es, die alten nationalstaatlichen Bündnisse aufzuweichen und in neue transnationalen Allianzen zu überführen.

Dieser neue Interessenkompromiß tendiert daher nicht zur Bildung eines europäischen Zentralstaats, sondern vielmehr dazu, die verschiedenen Regulationsebenen und -inhalte miteinander zu vernetzen und zu koordinieren und in eine gemeinsame Regulationsweise zu transformieren. Damit ist keine Vereinheitlichung im Sinne einer Gleichrichtung aller Politikfelder impliziert. Ihre nationale/regionale Differenzierung richtet sich nach den spezifischen Strukturen des regionalen/nationalen Produktionsapparates und seiner »Inwertsetzungs-« bzw. Reproduktionserfordernisse in der EG-metropolitanen Akkumulation. Das Beispiel der Implementation einer neuen EG-Regionalpolitik zeigt die Durchsetzung eines neuen Politikmodells an, das sowohl Elemente der Internationalisierung wie der Dezentralisierung von Staatsfunktionen aufweist (Tömmel 1989, 1992). Die oft auf kleine und mittlere Betriebe ausgerichtete Politik bewirkt vor allem den

9 Vgl. etwa die »linke« Kontroverse in: Gauron/Herzog/Lipietz/Mistral 1993. Für die einen stellt diese Form der Adaption einer (euro-)hegemonialen Regulationsweise sozusagen das Grundübel der französischen Politik dar; für andere aber ist es gerade diese Politik, die Frankreichs Einbindung in die »Gesetze« der dominierenden Weltmarktakkumulation vollzogen hat und damit einen sozialen Standard sichern konnte. So spricht Jacques Mistral von einem »social-monétarisme« und verweist gleichzeitig auf die Erfolge der französischen Politik des starken Franc (11 ff.).

Aufbau von produktionsbezogenen Dienstleistungen und formal autonomen Kleinbetrieben. Die Qualifizierungsmaßnahmen der EG haben eine selektive Qualifizierung der Arbeitskraft hinsichtlich der modernen Industriezweige zur Folge. So gelang die Einbindung der peripheren Regionen in den metropolitanen Akkumulationsprozeß; gleichzeitig wurden aber auch neue Abhängigkeitsstrukturen geschaffen, indem sich die Produktion funktional als Zulieferer bzw. als marktabhängige Variable erweist. Mit dem Instrument der Globalsubventionen wurde die Grundlage für eine Stärkung der intermediären Institutionen und Kräfte geschaffen. Regionen, parastaatliche oder semiprivat Instanzen avancierten zu tragenden Akteuren der EG-Strukturpolitik vor Ort. Damit haben sich nicht nur neue Verhandlungssysteme gebildet, sondern konnte sich ein neuer Politikmodus etablieren, der Bündnisse auf der Grundlage politischer Tauschbeziehungen zwischen supranationalen, nationalstaatlichen und regionalen, aber auch zwischen staatlichen und privaten Akteuren in spezifischen Themenbereichen ermöglicht.<sup>10</sup> Indem die politischen Strukturen flexibilisiert und dezentralisiert wurden, konnte die politische Durchsetzungskraft der auf Modernisierung gerichteten Kräfte gestärkt werden. So verdichteten sich in der neu »verfaßten« politischen Arena der regionalen Strukturpolitik die Interessenkonvergenzen eines »européanisme libéral« zu einer Modernisierungskoalition, die eine gradualistische Transformation des EG-Politikmodells hervorbrachte.

Diese Transformation des Politikmodells läßt sich als Durchbrechung des inter-gouvernementale Konkordanzsystems der EG-Integrationspolitik zugunsten einer *Mehrebenenpolitik* supranationaler, nationalstaatlicher und regionaler Regulatorinstanzen als »Sandwich-Modell« (Eser 1991) beschreiben. Um eine aktive Anpassung der peripheren Regionen an den Strukturwandel des neuen Akkumulationsprozesses in der EG zu bewerkstelligen, konnten die Regionen innerhalb der EG eine eigene regionalpolitische Steuerungskompetenz gegenüber »ihren« Nationalstaaten erlangen (Dezentralisierung/Regionalisierung). Gleichzeitig aber wurden die regionalen Strategien von der EG-Kommission unter eine gemeinsame Strategie des »Zusammenhalts« subordiniert (Koordination). Steuerungstheoretisch argumentierende Studien über die horizontale und vertikale Politikverflechtung heben immer wieder die »Politikverflechtungsfalle« als Grundstruktur dieses Verhandlungssystems hervor, indem die Grenzen des Vergemeinschaftungsprozesses betont werden (Scharpf 1985, Schmidt 1992). Dahinter steht die These, »daß Entscheidungsprozesse, die mehrere institutionell abgegrenzte Arenen tangieren, Gefahr laufen, durch unlösbare Kon-

---

10 Vgl. dazu die Literaturstudie von Kohler-Koch 1992.

flikte blockiert zu werden« (Benz 1992, 151f.). Im Gegensatz zu dieser These zeigen aber gerade die neueren Entwicklungen der Politikverflechtung auf EG-Ebene, daß sich die Mehrebenen-Politik gerade nicht konfliktuell blockiert, sondern in der Lage ist eine transnationale Herrschaftssynthese als relativ stabiler sozialer Konfiguration herauszubilden. Mehr noch: die Mehrebenenpolitik taugt gerade dazu, konfligierende Interessen zu koordinieren und (nicht-antagonistische) divergierende Interessen in der Formierung eines »Blocks an der Macht« zu einem Kompromiß zu verdichten. Dieser sich so bildende transnationale »Block an der Macht« wird keineswegs durch monolithische Interessen und Kräfte gebildet. In ihm vereinen sich vielmehr unterschiedliche, aber auf die Triade ausgerichtete metropolitane Akkumulations- und Transnationalisierungsstrategien und periphere, auf die EG-Metropolen ausgerichtete Europäisierungsstrategien. Seine Stärke besteht darin, erst die unterschiedlichen Strategien, Interessen und Reproduktionsstrukturen zu einer gemeinsamen Strategie, der metropolitanen Integration, verdichtet zu haben und so dazu taugt, alternative Formierungen auf der Grundlage antagonistischer Interessen zu verhindern.

#### **4. Widersprüche, Krisen und die Perspektiven linker Regulation**

Der EG-metropolitanen Integration gelingt zwar die selektive, sektorale und regionale Modernisierung (und dies ist die Grundlage des neuen Interessenkompromisses), gleichzeitig bewirkt sie aber eine doppelte Polarisierung Europas in Gestalt der Reproduktion internationaler Hierarchien sowie der Akzentuierung innergesellschaftlicher Differenzierungen.<sup>11</sup> Mehr noch: die sozialen Fraktionierungen infolge der herrschenden Integrationspolitik begründen die zu beobachtende Renaissance von Neonationalismus, Neorassismus und Chauvinismus. Hier liegt dann auch die entscheidende Bruchstelle des dominierenden Integrationskonzeptes. Die sozialen Koalitionen, die hinter der metropolitanen Form der Einheit von Akkumulation und Regulation stehen, müssen als instabil begriffen werden, da sie keinen Weg in eine krisenfreie neue Wachstumsphase der Weltökonomie ebnen. Im Gegenteil: im Rahmen der neuen politischen Regulationsweise zeichnet sich kein Ausweg aus der aktuellen Rezession ab. Begründet dies die Hoffnung auf eine neue Chance für eine linke Regulation in Europa? Zu fragen ist nach den Instabilitätsmomenten, aber auch den Stabilitätsreserven des »herrschenden Blocks«.

Die aktuelle Rezession verschärft ohne Zweifel die Instabilitäten in der EG-metropolitanen Integration. Die regionalen und vor allem aber wieder

---

11 Siehe die Literatur in Anm. 1.

die nationalstaatlichen Differenzierungen werden akzentuiert; der Gesellschaftskompromiß droht von seiner materiellen Unterfütterung aufgeweicht zu werden. In dieser Konstellation erweist sich das Europa der beschränkten Alternativen wiederum als virulent. Während nämlich hinter der Maastricht-EG der transnationale »Block an der Macht« aus Modernisierungskräften doch relativ stabil bleibt, formieren sich hinter den Re-Nationalisierungsstrategien soziale Allianzen, die darauf abzielen, nationalstaatliche Besitzstände gegen den globalen und europäischen Integrationsprozeß zu verteidigen. Eine alternative soziale Formierung im Hinblick auf die Herausbildung von Akkumulationsstrukturen und politischen Regulationsweisen, die ein Osteuropa integrierenden und die südlichen Peripherien einbeziehendes Wachstumsmodell begründen könnten (Hübner 1992), zeichnet sich durch diese neuen Politik- und Gesellschaftskoalitionen nicht ab. Eine Krisenüberwindung freilich ebenfalls nicht.

Wenn es sich bei der aktuellen Rezession im Kern um eine fundamentale *Krise der Regulation* handelt, kann ein Ausweg nur in darin gesucht werden, über einen alternativen transnationalen Gesellschaftskompromiß eine qualitativ neue ökonomische Dynamik zu initiieren, die den Umbau des dominierenden Akkumulationstyps bewirkt und eine gesellschaftliche Steuerungskompetenz erlangt. Hierzu bedarf es einer neuartigen Artikulation von Region, Nationalstaat und supranationaler Instanz sowie einer entsprechenden Organisation eines transnationalen Interessenabgleichs<sup>12</sup> - wenn vorerst auch unklar scheint, wie diese aussehen könnten.

## Literatur:

- Aglietta, Michel 1979: Die gegenwärtigen Grundzüge der Internationalisierung des Kapitals, in: Christian Deubner et.al.: *Die Internationalisierung des Kapitals*, Ffm
- Altwater, Elmar 1983: Bruch und Formwandel eines Entwicklungsmodells. Die gegenwärtige Krise ist ein Prozeß gesellschaftlicher Transformation, in: Jürgen Hoffmann (Hg.): *Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression*. Hamburg.
- Altwater, Elmar 1987: *Sachzwang Weltmarkt*, Hamburg
- Altwater, Elmar / Hübner, Kurt / Stanger, Michael 1983: *Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus*, Opladen
- Beaud, Michel 1987: *Le système national/mondial hiérarchisé. Une nouvelle lecture du capitalisme mondial*, Paris 1987
- Beaud, Michel 1989: *L'Économie mondiale dans les années 80*, Paris
- Benz, Arthur 1992: Mehrebenen-Verflechtung: Verhandlungsprozesse in verbundenen Entscheidungsarenen, in: ders. et.al: *Horizontale Politikverflechtung*, Ffm
- Bonder, Michael / Röttger, Bernd 1993: Eine Welt für alle? Überlegungen zu Ideologie und Realität von Fraktionierung und Vereinheitlichung im globalen Kapitalismus, in: *NORD-SÜD-aktuell*, Nr.1/1993, 60-71

12 Vgl.dazu die Ansätze einer solchen Diskussion bei den GRÜNEN von Statz 1993.



- Bonder, Michael / Röttger, Bernd / Ziebur, Gilbert 1993: Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft. Kritik des globalen Institutionalismus, *Prokla*, H. 91, 327-341
- Cox, Robert W. 1983: Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method, *Millenium: Journal of International Studies*, Vol. 12, No. 2, 162-175
- Cox, Robert W. 1993: Structural issues of global governance: Implications for Europe, in: Stephen Gill (ed) 1993
- EG-Kommission 1990: *Europäische Wirtschaft*. Soziales Europa. Industrieller Strukturwandel im europäischen Binnenmarkt: Anpassungsbedarf in den Mitgliedstaaten, Sondernummer 1990, 86f., Brüssel/Luxemburg 1992
- Elsenhans, Hartmut 1992: Ein neues internationales System, in: Beate Kohler-Koch (Hg.), *Staat und Demokratie in Europa*, Opladen
- Eser, Thimo W. 1991: Europäische Einigung. Föderalismus und Regionalpolitik, Trier
- Esser, Josef / Hirsch, Joachim: Der CDU-Staat: Ein politisches Regulierungsmodell für den nachfordistischen« Kapitalismus, *Prokla*, H. 56, 51-66
- Gauron, André 1991: *Les remparts de l'argent*, Paris
- Gill, Stephen 1993: Gramsci and Global Politics: Towards a post-hegemonic Research Agenda, in: ders. (ed.), 1993.
- Gill, Stephan (ed.) 1993: *Gramsci, historical materialism and international relations*, Cambridge
- Grant, Wyn / Paterson, William / Whitston, Colin 1988: *Government and the Chemical Industry. A Comparative Study of Britain and West Germany*, Oxford
- Grjebine, André 1991: *La politique économique ou la maîtrise des contraintes*, Paris
- Hatem, Fabrice/Stoffaes, Christian 1992: La France dans les réseaux d'alliances industriels mondiaux, *Problèmes économiques*, no. 2262
- Hirsch, Joachim 1993: Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus, *Das Argument*, Nr.198, 195-222
- Holloway, John 1993: Reform des Staats: Globales Kapitals und nationaler Staat, *Prokla*, H. 90, 12-33
- Holman, Otto 1993: Internationalization and democratization: Southern Europe, Latin America and the world economic, in: Gill, Stephen (ed.) 1993.
- Hübner, Kurt 1992: Entwicklungskordinaten der Weltwirtschaft, in: Katrin Fuchs, Joachim Schuster (Hg.): *Zwischen Nationalstaat und Globalpolitik*, Köln.
- Hurtienne, Thomas 1988: Entwicklungen und Verwicklungen - Methodische und entwicklungstheoretische Probleme des Regulationsansatzes, in: Birgit Mahnkopf (Hg.), *Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation*, Münster.
- Julius, Davis 1991: *Global Companies and Public Policy: The Growing Challenge of Foreign Direct Investment*, London
- Junne, Gerd 1990: Theorien über Konflikte und Kooperation zwischen kapitalistischen Industrieländern, in: Volker Rittberger (Hg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*. PVS-Sonderheft 21/1990, 353-371
- Junne, Gerd 1992: Konfrontation zwischen Europa und Japan?, in: Klaus W. Grewlich, *Europa im globalen Technologiewettlauf. Der Weltmarkt wird zum Binnenmarkt*, Gütersloh, 287-298
- Kohler-Koch, Beate 1992: Interessen und Integration. Die Rolle organisierter Interessen im westeuropäischen Integrationsprozeß, in: Michael Kreile (Hg.) 1992: *Die Integration Europas*. PVS-Sonderheft 23/1992, Opladen, 81-119
- Leggewie, Claus 1979: Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft nach Süden, in: *Leviathan* H. 2/1979, 174-198
- Lempérière, Jean 1991: Les investissements directs dans le monde, *Le commerce international. Cahiers français*, No. 253, Paris
- Lipietz, Alain 1983: *Le capital et son espace*, 2ème ed., Paris 1983
- Lipietz, Alain 1985: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«, in: *Prokla* H. 58, 109-137
- Lipietz, Alain 1991: Demokratie nach dem Fordismus, in: *Das Argument*, H. 189, 677-694

- Milewski, Françoise 1991: *La France flexible*, in: Michel Fouquin/Daniel Pineye (ed.): *Economie mondiale: De Berlin à Bagdad*, Paris
- Morin, François 1991: L'émergence d'un appareil productif européen, in: Jean Pierre Gilly (dir.), *L'Europe industrielle horizon 93. 1. Les groupes et l'intégration européenne*, Paris
- Pastré, Olivier 1992: *Les nouveaux piliers de la finance*, Paris
- Picciotti, Sol 1993: Die Krise des internationalen Staats, *Prokla*, H. 90, 34-49
- Poulantzas, Nicos 1978: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*, Hamburg
- Röttger, Bernd 1993: Akkumulation und Regulation in der EG-metropolitanen Integration. Zur Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung in Europa. Arbeitspapier des Instituts für Internationale Politik, Berlin/Wuppertal, September 1993 (i.E.)
- Scharpf, Fritz W. 1985: Die Politikverflechtungs-Fälle. Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, *PVS*, 26, 323-356
- Scharpf, Fritz W. 1989: Politische Steuerung und Politische Institutionen, *PVS*, H.1 /1989, 10-21
- Scharpf, Fritz W. 1992: Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts, in: Beate Kohler-Koch (Hg.): *Staat und Demokratie in Europa*, Opladen
- Schlupp, Frieder 1989: Europa als Hegemonialprojekt. Bundesdeutsche Welt(markt)machtstrategien und der EG-Binnenmarkt, in: *spw* 46, 127-135
- Schlupp 1992. Postscripts and Prospects: The Franco-German Relations in the 1990s, in: William D. Graf (ed.), *The Internationalization of the German Political Economy. Evolution of a Hegemonic Project*, London
- Schmidt, Manfred G. 1992: Gesellschaftliche Bedingungen, politische Strukturen, Prozesse und die Inhalte staatlicher Politik, in: Oskar W. Gabriel (Hg.): *Die EG-Staaten im Vergleich*, Opladen
- Statz, Albert 1993: Nationale Selbstbeschränkung - internationale Einbindung - transnationale Verflechtung. Thesen zur grün-alternativen Außenpolitik, in: Hans-Peter Hubert/BAG Frieden und Internationalismus der GRÜNEN (Hg.), *Grüne Außenpolitik*, Göttingen
- Strange, Susan 1987: The persistent myth of lost hegemony, *International Organization*, Vol. 47, No.4, 551-574
- Strange, Susan 1988: The Future of the American Empire, *Journal of International Affairs*, Vol. 42, No. 1, 1-17
- Taddei, Dominique/Coriat, Benjamin 1992: *Made in France. L'Industrie française dans la compétition mondiale*, Paris 1993.
- Tömmel, Ingeborg 1989: Europäischer Binnenmarkt und mediterrane Peripherie, *Prokla*, H. 75, 29-46
- Tömmel, Ingeborg 1992: System-Entwicklung und Politikgestaltung in der Europäischen Gemeinschaft am Beispiel der Regionalpolitik, in: Michael Kreile (Hg.): *Die Integration Europas*, PVS-Sonderheft 23/1992, Opladen, 185-208
- UN 1992: *World Investment Report. Transnational Corporations as Engines of Growth*, New York
- Wachtel, Howard 1993: Globalismus oder nationale Souveränität, in: Institut für Internationale Politik (Hg.): *Die transnationalen Wirtschaftsbeziehungen und ihre Auswirkungen auf die Politik der 90er Jahre*. Arbeitspapier 018, 29-41
- Ziebur, Gilbert 1973: Zusammenfassung: Verflechtungsgrad und Handlungsfähigkeit, in: *Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland*, München, 293-311
- Ziebur, Gilbert 1992: Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration: Der Fall Frankreich, *Leviathan*, H. 4/1992, 467-489
- Ziebur, Gilbert / Ansprenger, Franz / Kiersch, Gerhard 1974 (Hg.): *Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Berlin/West
- Zürn, Michael 1992: Jenseits der Staatlichkeit: Über die Folgen der ungleichzeitigen Denationalisierung, *Leviathan*, H. 4/1992, 490-513